

Memorandum – Ostern 2021

Dr.med. Michaela Glöckler und Andreas Neider

Für ein Umdenken in der Corona-Politik und mehr Verständnis für die Meinungsvielfalt in der Krise

Die Corona-Pandemie ist nicht nur ein äußerst komplexes Geschehen in gesundheitlicher Hinsicht. Sie fällt auch in eine Zeit großer ökologischer, gesellschaftlicher und geopolitischer Veränderungen, ja, sie ist selbst Teil dieser Veränderungen. Denn zu den uns alle belastenden Problemen in Form von Klima-, Hunger- und Armutskrise – begleitet von bewaffneten Konflikten, Flüchtlingselend und Not – kommen laut UNICEF infolge der Pandemie zu den weltweit 700 Millionen Hungernden noch 130 Millionen hinzu.

Die Pandemie und die Art ihrer Bewältigung hat den größten Teil der Weltbevölkerung mit der Tatsache konfrontiert, dass vieles, was bis eben noch selbstverständlich war, schlagartig nicht mehr gegeben ist: der tägliche Gang zur Arbeit, so wie in Kindergarten und Schule, die persönliche Bewegungsfreiheit, das Einkaufen, die Teilnahme an Veranstaltungen, an Hochzeiten, Trauerfeierlichkeiten, Familienfesten, Freizeitangeboten und vieles mehr.

Der Bildschirm ist zum zentralen Begegnungs- und Kommunikationsort geworden. Die forciert vorangetriebene Digitalisierung aller Lebensbereiche wird dabei jedoch nicht nur als Segen erlebt. Kinder und Jugendliche brauchen für ihre gesunde Entwicklung an erster Stelle realweltliche Erfahrungen und Kontakte.

Hinzu kommt die Sorge, ob nicht die konsequente Nachverfolgung von Infektionsketten und Impfnachweisen sowie weitere als notwendig erachtete Kontroll- und Überwachungsinstrumente in eine Zukunft führen, in der man damit rechnen muss, dass diese Überwachungsinstrumente jederzeit wieder zum Einsatz kommen, wenn nationale Notlagen wie Terrorgefahr oder Pandemien auftreten. Wie muss sich die Demokratie weiterentwickeln, dass die Angst vor Gewalt, Krankheit und Tod nicht zum Feind der Freiheits- und Persönlichkeitsrechte wird?

Viele Menschen fragen sich, welche Zukunft kommt da auf uns zu? Welche Art der Bürgerbeteiligung braucht es, um die Demokratie angesichts dieser geänderten Gesamtsituation zukunftsfähig zu erhalten? Wie kann die Zivilgesellschaft in den Prozess eines notwendigen Umdenkens – auch in der Corona-Politik – konkret einbezogen werden?

Dabei sind Kinder und Jugendliche von dieser neuen Zeitlage besonders hart betroffen. Sie erleben nicht nur Angst und Sorge der sie umgebenden Erwachsenen mit, sondern haben auch ihre eigenen Zukunftsängste. Zudem erleben sie soziale Isolation, viele auch vermehrt häusliche Gewalt. Vorhandene Sorgentelefone sowie Kinder- und Jugendpsychiatrien sind bereits anhaltend überlastet.

Angesichts dieser Tatsachen ist es verständlich, dass sich die Gesellschaft zunehmend in diejenigen polarisiert hat, die die bisherige Corona-Politik bejahen, rechtfertigen und unterstützen und eine wachsende Zahl von Bürger*innen, die dies immer weniger können und aus den verschiedensten Erwägungen heraus dagegen aufbegehren. Streit und Konflikte in Familien, Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz sind die Folge. Ein Jahr nach Veröffentlichung unseres ersten Buches zum Thema „Corona

- eine Krise und ihre Bewältigung“ sowie zwei Folgepublikationen hat uns das Erleben dieses Konfliktpotentials, aber auch die Tabuisierung des Themas um des sozialen Friedens willen immer wieder neu betroffen gemacht. Es hat uns aber auch motiviert, die verschiedenen zum Teil hart aufeinanderprallenden Denkweisen anzuschauen, die hierfür verantwortlich sind. Denn je nachdem, welche Ansicht jemand hat, werden diese mit den dazu passenden Fakten argumentativ untermauert und die Möglichkeit gegenseitigen Verstehens schwindet.

Kann man jedoch die Denkweise des anderen nachvollziehen und lässt man es zu, nach Lösungen zu suchen, die den unterschiedlichen Standpunkten gerecht werden, so haben nicht nur Toleranz und sozialer Frieden eine Chance. Es wächst vielmehr die Motivation, sich gemeinsam zu engagieren und angesichts der belastenden Konflikte kreative Lösungen zu finden. Fünf dieser Denkansätze, die mit ihren Folgeargumenten bisher besonders zur Polarisierung beigetragen haben, möchten wir hier vorstellen. Unser Memorandum ist dem Ziel gewidmet, diese Denkansätze verständlich zu machen und dadurch zu einem konstruktiven Dialog beizutragen.

1. Welche Denkweise liegt den weltweit abgestimmten Maßnahmen, um die Pandemie erfolgreich zu bekämpfen, zu Grunde?

Es ist die reduktionistische Denkweise der modernen Naturwissenschaft. Sie geht davon aus, dass es sich bei COVID-19 um eine schwere, ansteckende Virus-Erkrankung handelt – nicht vergleichbar mit einer saisonalen Grippe. Die Schreckensbilder aus den Medien über schwerste Verläufe mit Todesfolge und viele Särge haben sich in das Gedächtnis von Milliarden Menschen eingegraben.

Der sich aus dieser Sicht ergebende Handlungsansatz der Regierungsverantwortlichen und der WHO ist klar: Das Virus ist die Ursache und muss unter allen Umständen bekämpft werden. Hinzu kommt die Sorge, dass das Gesundheitssystem schnell überlastet sein würde und unfähig alle Erkrankten aufzunehmen, wenn man der Pandemie außer mit den bekannten Hygienemaßnahmen wie Social Distancing, Maskengebrauch und Händewaschen nicht auch mit drastischen Maßnahmen wie Lock-down und Ausgangssperren begegnen würde. Auch zeigen erste Studien bald, dass insbesondere Menschen mit Vorerkrankungen und in höherem Alter gefährdet und speziell zu schützen sind.

Die Konsequenz aus diesem Denkansatz ist, alles zu tun, um die Infektionsketten zu durchbrechen, den schweren Verläufen vorzubeugen, wirksame Impfstoffe zu entwickeln und die Bevölkerung auf die als unerlässlich erachteten Massenimpfungen vorzubereiten. Diese Betrachtungsart ist in sich schlüssig, die 7-Tage-Inzidenz dient als einheitliche Bemessungsgrundlage. Zahlen und auf statistische Evidenz gebaute Fakten bestimmen das Vorgehen und wirken – medial einheitlich kommuniziert – auf die Mehrheit überzeugend.

Schmerzhafte persönliche, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Kollateralschäden zeigen jedoch deutlich an, in welchem hohem Maß die Lebensverhältnisse unter diesem einseitig durchdachten Vorgehen leiden. Zumal ja gerade auch eindrucksvolle Zahlen des RKI und der WHO belegen, dass gut 20% der positiv Getesteten symptomfrei sind und die Mehrheit der verbleibenden knapp 80% Infizierten nur unter geringen bis mittelgradigen Symptomen zu leiden hat. Es erscheint so gesehen unerlässlich, weitere Gesichtspunkte einzubeziehen und eine Diskussion darüber anzuregen, wie sich diese so verbinden lassen, dass lebensfreundlichere Handlungsoptionen wirksam werden können.

2. Der salutogenetische Denkansatz fragt: Warum werden nicht alle Infizierten krank und von denen die krank werden, nicht alle schwer krank? Was hält den Menschen gesund?

Um Gesundheit zu verstehen, braucht es eine komplexe Denkweise. Gesundheit ist der labile Gleichgewichtszustand zwischen den Faktoren, die den Organismus schädigen können und den Regenerationsmöglichkeiten und Widerstandskräften, die unter dem Begriff der Immunkompetenz zusammengefasst werden. Diesem Denkansatz zu Folge, ist nicht das Virus alleinige Ursache der Pandemie, sondern ebenso die Empfänglichkeit des Organismus für das Virus. Von dieser Empfänglichkeit hängt es ab, ob sich Krankheitssymptome entwickeln können oder nicht. Diesen Tatbestand spiegeln auch die aktuellen Infektionszahlen der WHO und des RKI wieder (Stand 21. März 2021):

Gegenwärtig leben 7.87 Milliarden Menschen auf der Erde

Davon wurden bisher positiv getestet: 122.542.424 = 1,58%

Von den Infizierten verstorben sind: 2.703.620 CFR = 2,21% (CFR= Case-Fatality-Rate)

Im Vergleich dazu Deutschland

Einwohnerzahl: 83 Millionen

Positiv getestet 2.659.516 = 3,2%

Davon gestorben 74.664 CFR = 2,8%

Diese Zahlen zeigen auf, dass am 21. März 2021 von den weltweit 7,87 Milliarden Menschen bisher 122.5 Millionen Corona positiv gemeldet wurden und dass von diesen positiv Gemeldeten 2,2% verstorben sind (CFR). In Deutschland wurden durch das RKI am selben Tag insgesamt 2.66 Millionen Corona positiv Infizierte gemeldet. Das sind bei einer Gesamtbevölkerung von 83 Millionen 3,2%. Von diesen 3,2% Corona positiv Gemeldeten sind 2,8% an oder mit Corona verstorben (CFR).

Zudem ist für Deutschland bekannt, dass bisher 89 % der Verstorbenen über 70 Jahre alt waren und die meisten von ihnen Vorerkrankungen hatten. Beides spricht für eine eingeschränkte oder altersbedingt abnehmende Immunkompetenz.

Das heißt, je robuster das Immunsystem und die damit verbundene Abwehrsituation des Körpers ist, umso geringer ist die Gefährdung zu erkranken. Angesichts dieser Zahlen ist verständlich, dass nicht nur viele Bürger*innen sondern auch Fachleute das Pandemie-Management der Regierung unverhältnismäßig erleben und beispielsweise fragen: Warum wird nicht in das Gesundheitssystem und in die Ausbildung zusätzlicher Pflege- und Fachkräfte investiert, um eine optimale Versorgung zu gewährleisten? Braucht es hier nicht ein Umdenken weg vom gewinnorientiert betriebenen zum patientenorientiert betriebenen Krankenhaus, das auch auf Pandemien vorbereitet ist? Warum nicht die Risikogruppen auf hohem Niveau schützen, hochwertige Schutzkleidung für Besucher in Senioren- und Pflegeheimen zur Verfügung stellen und auf Qualität geprüften FFP2-Maskenschutz?

Warum werden nicht Verfahren zur realen Risikoabwägung vor Ort in den Betrieben, in Kindergärten und Schulen gemeinsam mit den betroffenen Bürger*innen entwickelt, die nicht nur die potentielle Tatsache in Erwägung ziehen, dass das Virus theoretisch jeden treffen kann, sondern auch mit der viel größeren Wahrscheinlichkeit rechnet, dass die meisten Menschen gesund bleiben? Insbesondere Kinder und Jugendliche, bei denen schwere Verläufe oder Komplikationen extrem selten sind.

3. *Der psychoimmunologische Denkansatz: Was macht die Angst vor Krankheit und Tod mit uns? Was macht Mut und gibt Hoffnung und Zuversicht?*

Schon während des ersten Lockdowns war in einem Kommentar von Dieter Fuchs in der Stuttgarter Zeitung vom 17. April 2020 zu lesen: 11,4 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern werden gezwungen, Erwerbstätigkeit, Lernen und Kinderfürsorge irgendwie zu organisieren, in einer weitgehenden Isolation von anderen Menschen, die helfen könnten (...) Ihre Grundrechte auf Bildung, Freizügigkeit und sozialen Austausch werden ignoriert. Eine Gesellschaft, die Eltern und Kindern monatelang diese Last aufbürdet, wird einen hohen Preis dafür zahlen.“

Seither nehmen die warnenden Stimmen exponentiell zu. Doch auch Erwachsene bezahlen einen hohen Preis. Depressionen nehmen zu, chronische Krankheiten verschlimmern sich. Die Angst vor Krankheit und Tod, die Sorge um die eigene Existenz, den Arbeitsplatz, dass finanzielle Überleben oder weniger gute Ausbildungschancen zu haben – all dies schlägt einem auf das Gemüt. Was kann man dem entgegensetzen?

Warum wird nicht parallel zu den täglichen Ansteckungs- und Todesfallzahlen in den Medien auch hervorgehoben, was Mut machen kann und was das Immunsystem stärkt? Zu Beginn der zweiten Pandemiewelle im Herbst forderte zum Beispiel der Intensivmediziner und Internist Harald Mattes, Professor an der Berliner Charité und leitender Arzt des Krankenhauses Havelhöhe, eine Abkehr vom Krisenmanagement hin zu einem „risikostatifizierten Handeln“. Braucht es nicht runde Tische, wo solche Vorschläge diskutiert werden und die Möglichkeit, kreative Vorschläge unter kontrollierten Bedingungen praktisch umzusetzen? Erfreuliche Ansätze dazu sind ja gegenwärtig hier und da schon in Erprobung. Dabei spielt die Eigenverantwortung der Bürger*innen für ihre Gesundheit eine zentrale Rolle.

Die Gesundheits- und Resilienzforschung der siebziger und achtziger Jahre sowie die psychoneuroimmunologische Forschung haben jedenfalls hinreichend belegt, in wie hohem Maß negative Gefühle wie Stress, Angst, Unsicherheit, Ohnmacht, anhaltende Sorge und Verzweiflung das Immunsystem beeinträchtigen, ja schädigen. Wohingegen positive Gefühle wie Mut, Hoffnung, Zuversicht, Vertrauen, Nähe und Geborgenheit dieses stärken. Nicht zuletzt ist bekannt, wie Gebet und Meditation gerade auch in Krisenzeiten positive Gefühle wecken und stabilisieren können.

4. *Der basisdemokratische Denkansatz: Autonomie, Teilhabe und Mitverantwortung*

Als der bekannte amerikanische Computerexperte Josef Weizenbaum im „George Orwell“-Jahr 1984 zu Vorträgen und Interviews in Deutschland war, wurde er auch gefragt, ob der Computer den Überwachungsstaat bringen würde. Da konnte er dies nur bestätigen, und er berichtete, dass seine Forschungs- und Entwicklungsarbeit vollumfänglich vom amerikanischen Verteidigungsministerium finanziert worden sei. Er stellte dann aber sogleich auch klar (das Interview wurde 1984 unter dem Titel „Kurs auf den Eisberg“ veröffentlicht), dass wenn es zum Überwachungsstaat kommen würde, nicht der Computer daran schuld wäre, *sondern die Menschen, die ihre Freiheit nicht verteidigen*. Hitler und Stalin hätten doch demonstriert, dass Überwachungsstaaten nicht vom Computer abhängig sind.

Demokratische Systeme brauchen, um funktionsfähig zu bleiben, einerseits den „Reiz der Freiheit“ (Novalis). Andererseits ist dafür die Freude am Dialog mit Andersdenkenden erforderlich, an runden Tischen, an Bürgerforen und einer fairen Debattenkultur. Welche Bedingungen braucht es in Erziehung und Bildung, damit sich solche Fähigkeiten entwickeln können?

Dieser Frage gehen Bildungsexperten wie Gerald Hüther schon lange nach. In seinem Buch „Würde“ fordert er eine Erziehung, die den Kindern und Jugendlichen hilft, das Bewusstsein von Menschenwürde und Freiheit zu entwickeln. Wie aber soll das gelingen, wenn die vom Staat vorgegebenen Normen und Reglementierungen eher zu- als abnehmen? Ganz abgesehen von dem zusätzlichen Anpassungsdruck, der jetzt unter Pandemie-Bedingungen auf die Kinder und Jugendlichen einwirkt. Dass auf diesem Feld besonders viel Sensibilität und Gesprächsbereitschaft erforderlich sind, um ein risikostratifiziertes Handeln für den Kindergarten- und Schulalltag unter den verantwortlichen Pädagog*innen, Eltern und Behörden zu vereinbaren, liegt auf der Hand. Umso mehr lohnt sich jede diesbezügliche Bemühung vor Ort – denn Schulzeit ist kostbare Entwicklungszeit!

5. Der spirituelle Denkansatz und die Weltanschauungsfrage

Die von Rudolf Steiner begründete Anthroposophie hat nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Gebieten der Landwirtschaft, der Medizin, der Heilpädagogik und Pädagogik sowie sozialer Wirtschaftsformen Bedeutendes geleistet – nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit. Auch wenn diese Leistungen respektiert und anerkannt sind, steht man doch ihrem „geistigen Überbau“, d. h. der spirituellen Denkweise, von Steiner auch Geisteswissenschaft genannt, eher verständnislos gegenüber.

Selbstverständlich ist in der herrschenden materialistisch-naturwissenschaftlichen Denkweise für eine Wissenschaft vom Geist, wie sie in der Anthroposophie vertreten wird, kein Platz. Es ist aber de facto nicht gleichgültig für das eigene Denken und Handeln, welche Vorstellung vom Menschen man sich macht. Je nachdem, ob man sich den Menschen als Maschine oder als intelligentes Tier vorstellt oder als geistiges Wesen, das sich auf der Erde nicht nur einmalig verkörpert, um sich dort zu Freiheit und Würde zu entwickeln, lebt und handelt man begrifflicher Weise verschieden. Dafür Respekt und Toleranz zu entwickeln, ist Kern humanistischer Kultur. Dass unter Belastung – wie jetzt in Pandemiezeiten – weltanschauliche Differenzen merklicher als sonst aufeinanderprallen, ist evident. Umso wichtiger ist es daher, auch weltanschauliche Aspekte in die gegenseitige Verständigung mit einzubeziehen, wenn man sich in konkreten Situationen um eine bestmögliche Vorgehensweise bemüht, gemäß dem inspirierenden Motto: Wer will, findet Wege – wer nicht will, findet Gründe.

Fazit

Die hier dargestellten fünf Denkansätze sind ein Plädoyer dafür, bei der Bewältigung der Pandemie mehr Interdisziplinarität und unterschiedliche Betrachtungsweisen zuzulassen. Denn das Leben ist ein komplexer Vorgang und was ihm dient ebenso. Zudem ist eine Entwicklung zu Freiheit und Würde ohne Risiko nicht zu haben. Indem sich Denkweisen und daraus resultierende Handlungsoptionen ergänzen und Alleinvertretungsansprüche relativiert werden, wird man dem Leben in seiner Komplexität eher gerecht. So notwendig klare politische Rahmenbedingungen zur Eindämmung des Pandemiegeschehens sind, so unerlässlich sind auch die Ermutigung der Bevölkerung zu Selbst- und Mitverantwortung und die realistische Risikoeinschätzung vor Ort.

Wir freuen uns, wenn Sie das Memorandum unterstützen und gerade jetzt in der Osterzeit in Ihrem Umfeld kommunizieren. Herzlichen Dank!